

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Das Wort hat die Kollegin Bettina Hagedorn, SPDFraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Bettina Hagedorn (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! „Not macht erfinderisch“ – unter dieses Motto möchte ich gerne das Ergebnis unserer diesjährigen Etatberatungen für das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stellen. Nach zwei Jahren Mitarbeit im Haushaltsausschuss stelle ich fest: Es waren die schwierigsten Haushaltsberatungen überhaupt. Bereits in den Vorjahren litten wir alle unter rigiden Sparzwängen und immer neuen Streichkonzerten, was mit dem harmlos klingenden Namen „globale Minderausgabe“ umschrieben wurde. Erinnern möchte ich zunächst daran, dass genau vor einem Jahr der Deutsche Bundestag entschied, nicht noch weiter als bereits geschehen in das Rentensystem einzugreifen, was dem Gesamthaushalt Jahr für Jahr ein Defizit von insgesamt 2 Milliarden Euro im Bereich der **Rente** beschert. Diese Maßnahme bedeutet allein für das Familienministerium ein Einsparvolumen von 35 Millionen Euro Jahr für Jahr. Sie sehen, Frau Tillmann, ich gehe ein Stück weit darauf ein, warum wir nicht nur im Haushalt des Familienministeriums, sondern in allen Haushalten weniger Geld zur Verfügung haben. Natürlich gehe ich auch darauf ein, was wir mit Ihrer Unterstützung tun wollen, damit sich das ändert. Aber trotz dieser Einsparaktion, die alle Ministerien zur Entlastung der Rentenkassen solidarisch seit einem Jahr schultern, steigt der Zuschuss zur Rente aus den Steuern des Bundeshaushalts auch dieses Jahr wieder. 31 Cent von jedem Euro, den wir im Bundeshaushalt veranschlagt haben, fließen in den Rentenzuschuss. Seit dem Jahr 2000 stieg der Rentenzuschuss von 65 Milliarden Euro auf aktuell über 78 Milliarden Euro, also binnen fünf Jahren um über 13 Milliarden Euro. Diese Steigerung allein in fünf Jahren beläuft sich auf eine Summe, die dreimal so hoch ist wie der gesamte Haushalt des Familienministeriums 2005.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Betrachten wir die Gründe für unsere heutige **Zinslast** genauer – das ist nämlich der zweite Punkt, der uns Probleme macht –: Mit knapp 40 Milliarden Euro fressen die Zinsen knapp 16 Prozent der möglichen

Gesamtausgaben des Bundes auf – oder anders ausgedrückt: weitere 16 Cent von jedem Euro Steuern, den wir auf Bundesebene ausgeben können. Frau Tillmann, Sie haben es angesprochen. Aber diese Zinslast kommt nicht von ungefähr zustande. Zur Wahrheitsliebe gehört auch folgende Erkenntnis: Während in Deutschland bis 1982 insgesamt 160 Milliarden Euro Schulden gemacht worden waren, wuchsen sie von 1982 bis 1998, also in Ihrer Verantwortung, um das über Dreieinhalbfache, nämlich um 580 Milliarden Euro, auf sage und schreibe utopische 740 Milliarden Euro.

(Ina Lenke [FDP]: Da ist die deutsche Einheit drin! Es reicht jetzt wirklich! Was soll denn das? Das ist wirklich ungeheuerlich!)

Zu dieser Erblast mit Zins und Zinseszins kamen von 1998 bis 2004 noch einmal 130 Milliarden Euro hinzu – eine wahrlich nicht fröhlich stimmende Zahl! Aber es bleibt doch festzuhalten, dass wir diese knapp 40 Milliarden Euro Zinsen, die wir auch in diesem Jahr zahlen müssen und die uns natürlich anteilig im Familienetat fehlen, für eine Gesamtschuld von 847 Milliarden Euro zahlen, wobei für zwei Drittel dieses Schuldenberges Sie die Verantwortung tragen und nur für ein Sechstel wir. Vor diesem Hintergrund täten Sie gut daran, für diesen Schuldenberg eine deutliche Mitverantwortung zu übernehmen, anstatt, wie Herr Merz, von Mühlsteinen um den Hals unserer Kinder zu schwadronieren. Sie verweigern sich, wenn es darum geht, diese Mühlsteine loszuwerden. Stattdessen wollen Sie mit der mangelnden Gegenfinanzierung Ihrer **Kopfpauschale** noch einen zweiten Mühlstein dazuhängen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Einnahmen und Ausgaben wieder zueinander passen sollen, auch zugunsten unseres Familienhaushaltes, wenn wir statt nur in die Vergangenheit endlich wieder verstärkt in die Zukunft investieren wollen, dann brauchen wir ein stabilisiertes

Steueraufkommen und keine Gespensterdebatten über eine utopische Steuersenkung auf Bierdeckeln. Gefragt ist beispielsweise Mut zum Subventionsabbau. Wir sprachen heute in diesem Hohen Hause schon häufiger davon. Sie kneifen allerdings, wenn es darum geht, dem Staat solide Einnahmen zu sichern, damit dieser seiner Verantwortung heute und für die Zukunft unserer Kinder gerecht werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Damit fehlt eben auch das Geld im Einzelplan 17. Was will ich mit diesen Zahlen deutlich machen? Ich will deutlich machen, dass die aktuelle Situation natürlich, wie wir immer wieder hören, mit der wirtschaftlichen Stagnation, ausbleibenden Steuereinnahmen,

(Ina Lenke [FDP]: Ja! Dafür ist die Bundesregierung zuständig!)

ausbleibenden Einzahlungen in die Sozialkassen und explodierenden Kosten für die Arbeitslosigkeit zu tun hat, aber dass wir es in erster Linie mit einer strukturellen Not zu tun haben, mit den Kosten unserer älter werdenden Gesellschaft und mit der jährlichen Zinsbelastung. Die Not ist insofern hausgemacht, als Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, mit der Ablehnung unseres **Steuervergünstigungsabbaugesetzes** und des Haushaltsbegleitgesetzes 2004 jährlich 17 Milliarden Euro an Einnahmen verhindert haben. Diese fehlen in unserem Haushalt; sie fehlen bei der Bildung und bei den Familien. Insofern können Sie sich nicht einfach wie Unschuldslämmer hier hinstellen und beklagen, was Sie alles gerne hätten, ohne uns bei der Finanzierung zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte jetzt ganz kurz auf das eingehen, was den Familienetat noch zusätzlich belastet. Die Kürzungsvorschläge nach Koch/Steinbrück, also der Subventionsabbau nach der Rasenmähermethode, belasten den Etat des Familienministeriums schon in diesem Jahr mit Kürzungen in Höhe von 9,4 Millionen Euro. Im kommenden Jahr

werden es über 12,6 Millionen Euro sein und im übernächsten Jahr sogar 19 Millionen Euro. Ich lege allerdings Wert auf die Feststellung, dass wir die Koch/Steinbrück-Liste nicht eins zu eins umgesetzt haben. Dafür haben wir uns den erbitterten Protest der Haushälter von CDU/CSU und FDP im Haushaltsausschuss anhören müssen.

(Ina Lenke [FDP]: Ja, ja!)

Wenn wir gemäß Koch/Steinbrück gekürzt hätten, dann hätten wir schon in diesem Jahr – hören Sie bitte zu! – im **Kinder- und Jugendplan** 6,37 Millionen Euro einsparen müssen, davon 675 000 Euro allein bei dem Ansatz für „Arbeiten zur Verwirklichung der Gleichberechtigung“. Wir haben die geforderten Einsparungen aber erbracht, indem wir intelligent umgeschichtet haben. Trotz der Auflage, 12 Millionen Euro einzusparen, haben wir den Kinder- und Jugendplan in diesem und im kommenden Jahr weitestgehend geschont.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Tillmann, Sie haben vorhin gesagt, wir seien Ihren Anträgen gefolgt. Ehrlich gesagt kann ich mich daran nicht erinnern. Frau Lührmann wird dazu sicherlich noch etwas sagen. Richtig ist allerdings – das finde ich ganz hervorragend –, dass wir einen parteiübergreifenden Antrag eingebracht haben. Wir haben den Kinder- und Jugendplan einstimmig um 1 Million Euro zugunsten der Jugendverbände aufgestockt. Allerdings sah Ihr Antrag anders aus. Sie wollten diese Mehraufwendung zulasten des Projektes P im KJP gegenfinanzieren, dessen maßgeblicher Träger der Deutsche Bundesjugendring ist. Ich glaube nicht, dass er von Ihrem Vorschlag sehr begeistert gewesen wäre. Auf unseren Vorschlag hin, dem Sie sich angeschlossen haben, haben wir eine andere Gegenfinanzierung im Kap. 17 04 beschlossen. Die Hiobsbotschaften im Rahmen dieser Haushaltsberatungen können eine Haushälterin bei dem Versuch, politisch gestalten zu wollen, glatt zur Verzweiflung treiben. Insofern möchte ich jetzt auf den zweiten Teil meines Mottos „Not macht erfinderisch“, nämlich den Erfindungsreichtum, eingehen. Es ist Kreativität erforderlich, um angesichts solcher Haushaltseckwerte politisch und

gesellschaftlich relevante Schwerpunkte zugunsten von Familien, Senioren, Frauen, Jugend und Kindern, zugunsten von Verbänden, Netzwerken und Initiativen sowie zum Erhalt von sozialer Infrastruktur und zum Anschub zukunftsweisender Projekte zu setzen. Wir haben im Zuge der Haushaltsberatungen seit September sehr wohl einige sehr markante Veränderungen im Haushalt vorgenommen. Ich möchte erwähnen, wovon wir uns haben leiten lassen und was sozusagen der rote Faden war. Wir wollen den sozialen Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält, stärken und das freiwillige Engagement noch mehr unterstützen. Wir wollen nicht nur über Werte in unserer Demokratie reden, sondern mehr Geld für jene bereitstellen, die diese Werte leben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will das an einigen Beispielen erläutern. 10 Millionen Euro haben wir trotz aller Haushaltsnöte erstmalig für **generationsübergreifende Modellprojekte** neu bereitgestellt – Frau Tillmann, Sie wiesen schon darauf hin, haben es aber ein bisschen lächerlich gemacht – und haben sie mit Verpflichtungsermächtigungen für 2006 und 2007 in Höhe von 9 Millionen Euro unterlegt. Wir machen damit deutlich: Diese Projekte sind mittelfristig und nachhaltig angelegt und sind eben kein kurzes Strohfeuer.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Kerstin Griese [SPD])

Diese Projekte gehen auf die Kommission zurück, die Sie angesprochen haben. Diese Kommission hat überparteilich gearbeitet; an ihr waren Vertreter von Bund und Ländern, von Politik, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen beteiligt. Ich empfinde es allerdings als traurig, dass sich die CDU/CSU als einzige aus dieser Kommission zurückgezogen hat. Deswegen sollten Sie jetzt nicht den Erfolg der überparteilichen Arbeit dieses Gremiums in irgendeiner Weise in Abrede stellen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund einer anhaltenden gesellschaftlichen Diskussion über die **Zukunft von Wehr- und Zivildienst** gibt es eine Empfehlung dieser Kommission.

(Ina Lenke [FDP]: Das wird auch Zeit!)

Gemeinsam haben die Mitglieder gefordert, das zivile Engagement generationsübergreifend zu stärken. Das Ziel lautet nicht nur: Jung und Alt sollen sich begegnen und füreinander da sein. Die Herausforderung heißt vielmehr: Wir wollen Strukturen für das Miteinander der Generationen entwickeln; Wissen, Kreativität und Lebenserfahrung der Älteren wollen wir mobilisieren und den Austausch zwischen den Generationen im gemeinschaftlichen Handeln für die Gesellschaft gezielt zusammenführen – und dies zum besseren Verständnis zwischen Enkel- und Großelterngeneration. Im Gegensatz zu dem, was Frau Tillmann gerade gesagt hat, ist es so, dass zwar schon viele Projektvorschläge vorliegen, das Bewerbungsverfahren aber noch bis Ende dieses Jahres offen ist und neue Projektideen jederzeit willkommen sind. Ich persönlich wünsche mir, dass noch Initiativen auf den Tisch kommen, die das freiwillige Engagement von Jung und Alt im Rahmen von **Schulen mit Ganztagsbetreuung** zum Ziel haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zwei ausgesprochen gute, zukunftsweisende Projekte miteinander zu verknüpfen, das stelle ich mir vorteilhaft vor. Das öffnet die Schule für alle Generationen und holt sie in die Mitte der Gesellschaft. Es ist aber auch ein großer Erfolg, dass wir im KJP erneut die Mittel für das freiwillige soziale und das ökologische Jahr um 1 Million Euro aufgestockt haben

(Ina Lenke [FDP]: Dringend erforderlich! Viel zu wenig!)

und damit zusätzlich 1 000 Plätze für junge Menschen ermöglichen. Wir haben damit in diesem Bereich einen Höchststand in diesem Jahr. Darauf können wir gemeinsam stolz sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe schon kurz den gemeinsamen Antrag erwähnt, die Mittel für die Jugendverbandsarbeit um 1 Million Euro zu erhöhen. Gleichwohl ist es mir wichtig, zu betonen, dass es, obwohl wir jetzt das Niveau des Vorjahres wieder erreicht haben, eine Herausforderung für die Jugendverbände bleiben wird, angesichts der finanziellen und demographischen Perspektiven die Strukturen von gestern für die Arbeit von morgen zu verändern. Die Mittel für den Kinder- und Jugendplan sind also um 2 Millionen Euro aufgestockt worden. Sie betragen jetzt 103 Millionen Euro. Wenn ich das damit vergleiche, dass der KJP nach der Koch/Steinbrück-Liste eigentlich die bevorzugte Kahlschlagsregion im Einzelplan 17 sein sollte, dann komme ich zu dem Ergebnis, dass wir eine Menge gute Arbeit geleistet haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Kitt in unserer Gesellschaft wird aber auch in unseren seit drei Jahren bestehenden und in Hunderten von Initiativen erfolgreich arbeitenden **Projekten Civitas und Entimon** gewährleistet, die in ganz Deutschland präventiv gegen Rechtsradikalismus und Demokratiefeindlichkeit wirken. Die Stärkung von Zivilcourage und Toleranz – in den Medien gerade wieder einmal ein Topthema – ist in Civitas- und Entimon-Projekten gelebte Praxis. SPD und Grüne haben unabhängig von aktuellen Schlagzeilen bereits im September die Mittel für diese Projekte noch einmal um 5 Millionen Euro verstärkt und damit Kontinuität bewiesen. Auch die Verpflichtungsermächtigungen für 2006 und 2007 wurden um insgesamt 9 Millionen Euro erhöht, sodass davon das deutliche Signal ausgeht: Auf uns ist Verlass. Wir lassen die Menschen vor Ort, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit engagieren, nicht im Stich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle ist es mir ein Bedürfnis, der von Civitas geförderten Initiative „Bunt statt Braun“ aus Anklam in Mecklenburg-Vorpommern zu gratulieren, die ich im Sommer besucht habe und die am 14. November dieses Jahres für ihr beispielhaftes

Engagement, ihren Bürgersinn, ihre Zivilcourage und ihre konsequente praktische Arbeit gegen den Rechtsextremismus mit der Hermann-Kesten-Medaille 2004 des P.E.N.-Zentrums Deutschland in Darmstadt geehrt wurde. Herzlichen Glückwunsch an Günther Hoffmann und seine Crew!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wichtig ist mir aber auch, zu unterstreichen: Die jeweiligen Länder dürfen sich nicht aus der Verantwortung der Kofinanzierung der Projekte stellen. Die Aufstockung der Bundesmittel soll keinesfalls die Länder aus ihrer ureigenen Finanzverantwortung entlassen, sondern tatsächlich zu einem Mehr an Projekten führen und noch mehr Menschen motivieren, ihr Engagement für Demokratie und Toleranz zu verstärken und gegen ein Abdriften nach rechts und gegen Fremdenfeindlichkeit aktiv zu wirken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich muss zum Schluss kommen. Last, but not least möchte ich auf den ab 1. Januar 2005 neu eingeführten **Kinderzuschlag** von maximal 140 Euro monatlich hinweisen, der circa 150 000 Kinder bundesweit aus der Sozialhilfe herausholen wird. Ich appelliere an alle gering verdienenden Eltern, die mit ihrer Arbeit zwar den eigenen Unterhalt, aber nicht den ihrer Kinder sicherstellen können, diesen neuen Kinderzuschlag bei ihrer Familienkasse zu beantragen. 217 Millionen Euro stehen 2005 dafür neu bereit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte mich abschließend bei meinen Mitberichterstattem aller drei anderen Fraktionen für die gute Teamarbeit, aber auch ganz besonders bei der Ministerin und den Mitarbeitern im Ministerium für die wirklich gute Zusammenarbeit bedanken. Ich finde, wir haben gute Beratungen in schwieriger Zeit gehabt. So kann es weitergehen. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)